

[http://www.morgenpost.de/printarchiv/politik/article171603/Ersparnisse\\_werden\\_durch\\_den\\_Staat\\_aufgebraucht.html](http://www.morgenpost.de/printarchiv/politik/article171603/Ersparnisse_werden_durch_den_Staat_aufgebraucht.html)

## "Ersparnisse werden durch den Staat aufgebraucht"

Freitag, 4. April 2008 04:00

**Die Berliner sparen nur offiziell zu wenig, denn eines ist doch der Pferdefuß an der privaten Altersvorsorge, die doch jeder nach seinen eigenen Vorstellungen organisieren soll: Sie wird zunichtegemacht, sobald man in Arbeitslosigkeit fällt oder Hartz IV beantragt.**



Nach einer Meinungsumfrage von Info GmbH im Auftrag der Sparkassen sind ein Drittel der Berliner regelrechte Sparmuffel. Wer dennoch spart, bevorzugt als Anlage ein "krisensicheres" Sparbuch (Berliner Morgenpost vom 27. März)

Die Berliner sparen nur offiziell zu wenig, denn eines ist doch der Pferdefuß an der privaten Altersvorsorge, die doch jeder nach seinen eigenen Vorstellungen organisieren soll: Sie wird zunichtegemacht, sobald man in Arbeitslosigkeit fällt oder Hartz IV beantragt. Da muss sofort jeglicher finanzieller Besitz offengelegt werden. Wehe, wenn dieser dann einen bestimmten Betrag überschreitet. Dann muss dieses Geld erst einmal aufgebraucht werden, bevor man staatliche Leistungen erhält. So manche privaten Ersparnisse, gerade von Bürgern, die nur noch wenige Jahre bis zur Rente vor sich haben, werden somit aufgebraucht. Alles, was sie sich in ihrem langen Berufsleben erspart haben, ist dann bis auf ein Minimum weg.

Sparbriefe, Aktien, Sparguthaben und Ähnliches - alles muss eingelöst und verkauft werden, um es aufzubauchen.

Fazit der ganzen Angelegenheit: Der gute alte Sparstrumpf unter dem Kopfkissen ist aktueller denn je.

Thomas Neumann, 15344 Strausberg

Ich würde diese Studie anders interpretieren: In Berlin dürfte in ganz Deutschland das niedrigste Lohnniveau und die höchste Arbeitslosenquote herrschen: Deshalb wird so wenig "auf die hohe Kante gelegt".

Dagegen wird uns vorgeworfen, wir würden zu konsumfreudig sein, speziell die Altersgruppe der über 50-Jährigen: Ich denke eher, dass viele aus dieser Altersgruppe an fast garantierter Arbeitslosigkeit leiden. Die Sparkasse will sicher nur unser "Bestes"!

*Jens Winter, Spandau*

#### **KEIN GRUNDRECHT AUF STROM**

**Zum Artikel "Energiekosten sind der Brotpreis des 21. Jahrhunderts" vom 27. März** Strom und Wärme werden von Tag zu Tag teurer. Die Nebenkosten explodieren auch und gerade in Berlin. Deshalb kommt die Initiative von Herrn Westerwelle (Mehrwertsteuer senken) zum richtigen Zeitpunkt. Wenn er seine Forderung allerdings mit einer Art "Grundrecht auf Strom" begründet, liegt er falsch. Gott sei Dank ist der Mensch so konstruiert, dass er zur Aufrechterhaltung seiner physikalisch-biologischen Lebensfunktionen in erster Linie nur auf Nahrung als Grundbedürfnis angewiesen ist, nicht aber unbedingt auf die externe Bereitstellung von Strom etc. Da Strom in der modernen Gesellschaft aber ein wichtiger Sekundärenergieträger ist, müssen selbstverständlich auch sozial ärmere Menschen in den Genuss dieser physikalischen Eroberung kommen, was heute keineswegs der Fall ist. Im Gegenteil: Viele sitzen im Dunkeln!

*Christian Lukner, Tiergarten*

#### **UNICEF-STUDIE ÜBERRASCHT NICHT**

**Zum Artikel "Säuglingssterblichkeit in Deutschland zu hoch" vom 27. März** Die jüngste Studie des Kinderhilfswerks Unicef, nach der

die Gesundheit deutscher Kinder nur mittelmäßig ist, überrascht nicht. Schon jetzt leben über 2,5 Millionen Kinder hierzulande in Armut - Tendenz steigend. Von Hartz IV kann man zwischen Rügen und München keine Kinder mehr gesund ernähren.

Und diejenigen Kinder, deren Eltern das Einkommen für mehr gesundes Essen hätten, werden mit Sprit fressenden Geländewagen zur Schule und zum nächsten Fast-Food-Restaurant gefahren.

Das Surfen im Internet und das Verfassen einer SMS auf dem

Handy wird hier irrtümlich mit Sport und Bewegung gleichgesetzt. Gäbe es in Deutschland mehr Einkommensgerechtigkeit, mehr Bewegung, weniger Armut und noch viel weniger Fast-Food-Restaurants, gäbe es auch mehr Kindergesundheit.

*Albert Alten, 38855 Wernigerode*

#### **IRAK WAR UND IST EIN INSTABILES LAND**

**Zum Artikel "Krieg im Irak fordert Leben des 4000. US-Soldaten" vom 25. März** Fünf Jahre Irak-Invasion und kein bisschen weise. Im Irak haben bei den meisten Amerikanern fünf Jahre ausgereicht, um diese traurige Wahrheit zu erkennen. Dass Präsident Bush dies natürlich anders sieht, sollte nicht weiter erstaunen. Er trägt für die aktuellen Zustände im Irak und auch in Afghanistan die Hauptschuld und versucht natürlich, die katastrophale Situation in möglichst gutem Licht darzustellen.

Diese Positionen sind glücklicherweise in Amerika nicht mehr mehrheitsfähig. Nach acht Jahren Präsident Bush mit den Falken Cheney, Rumsfeld und Wolfowitz bleiben Tausende Tote und zwei zerstörte Staaten zurück. Man hat zwar Saddam Hussein gestürzt, doch der Irak ist heute ein instabiles Land mit einer gewählten Regierung, deren Macht und Einfluss nicht einmal an die Stadtgrenzen von Bagdad reicht.

*Pascal Merz, 6210 Sursee, Schweiz*

#### **KEIN VERSTÄNDNIS FÜR PROZESSFORTSETZUNG**

**Zum Artikel "Gericht hat Marco W. de facto freigesprochen" vom 1. April** Was soll das ganze Nachkarten im eh schon peinlichen Prozess? Ein ärztliches Gutachten ist nur dann prozessrelevant, wenn es unmittelbar nach

der Tat gefertigt wird. Eine angebliche Vergewaltigung kann Tage oder Wochen nach der Tat nicht wie ein Mord auf einen bestimmten Zeitpunkt festgelegt werden. Zudem hat sich die 13-Jährige in etliche Widersprüche verwickelt, und nach Zeugenaussagen war der Tatvorwurf kaum haltbar. Unzumutbar waren bei der Beweislage für Marco W. die acht Monate U-Haft.

*Peter-Jochen Kielmann,*

16727 Bärenklau

**BVG: ES GINGE AUCH OHNE TEURE BERATER**

**Zum Artikel "3,5 Millionen Euro für BVG-Berater" vom 30. März** Na bitte, wer behauptet jetzt noch, Berlin hat kein Geld: So locker mal 3,5 Millionen Euro für externe BVG-Berater ausgegeben ist doch Peanuts.

Warum gibt es nicht eigene Leute, die solche Aufgabe bewältigen können? BVG und Verkehrssenat müssten doch bei der Personaldecke, die vorhanden ist, diese Problematik lösen können. Zumal diese Mitarbeiter über örtliche Kenntnisse und Wissen verfügen.

Herauskommen wird voraussichtlich ein neuer Personal-Pool, Frühpensionierungen und für die Fahrgäste weitere Streckendezimierungen bei gleichzeitigen Fahrpreiserhöhungen. Das hätte auch ohne Ausschreibung erzielt werden können - aber wie gesagt: 3,5 Millionen Euro sind für den Senat nicht gravierend.

*Thomas Hansen, Rosenthal*